

nennung, da sie letztlich dem einen großen Anliegen verschrieben ist, Christus, dem Haupt, heilige Glieder zu bereiten. Aber kein nüchtern urteilender Katholik wird übersehen, daß es in der Kirche Spannungen geben kann zwischen der Autorität des Hirtenamtes und der persönlichen Freiheit und Entscheidung der Gläubigen, daß manche Gesetze der Kirche zeitbedingte Grenzen haben, daß auch gute Gesetze eine allzu enge und ängstliche Anwendung finden können.

Es wird gesprochen von den evangelischen Räten. Wie sehr der Ordensstand aus dem Geist des Evangeliums herauswächst, wird gerade heute von evangelischen Christen — zum Teil in ergreifender Eindringlichkeit — dargestellt. Wir wissen aber auch — wiederum gerade heute —, wie in der Kirche gerungen wird um den guten Ausgleich zwischen der Heiligkeit im Stand der evangelischen Räte und der Heiligkeit des Christen in der Welt, wie das große Anliegen nie zur Ruhe kommt, daß aus den Werken der Gerechtigkeit keine Werkerechtigkeit werde.

So bleibt in allem das Wort wahr: „Ohne Fehl erstrahlt unsere verehrungswürdige Mutter Kirche“, doch ebenso gilt in allem das Wort Bischof Keplers: „Der Kirche selbst ist von Anfang an der Reformdrang eingeboren.“ Darum ist es den Hirten der Kirche aufgegeben, mit wacher Aufgeschlossenheit für das Suchen der Ökumenischen Bewegung darauf zu schauen, daß die Heiligkeit der Kirche Christi kraftvoll allen sichtbar werde, die den Namen des Herrn anrufen. Unsere christlichen Brüder sollen spüren, daß ihr Sehnen nach Christi rechtfertigender Gnade, alles Wirken des Heiligen Geistes, das wir in Ehrfurcht bei ihnen finden, in der katholischen Kirche Raum hat, ja hier Erfüllung findet.

Die heilige Kirche ringt um sündige Menschen. Die Kirche wird getragen von Menschen — das gilt für ihre Amtsträger und all ihre Glieder —, die von der Sünde bedroht und behaftet sind. So wird oft die wesensmäßige Heiligkeit der Kirche verdeckt und verdunkelt von der allzu sichtbaren Sündhaftigkeit derer, die sich zur Kirche bekennen. Aller Abfall von der Kirche und alle Spaltung in der Christenheit steht immer irgendwie — sicherlich nicht allein — im Zusammenhang mit dem Ärgernis in der Kirche. Es ergreift uns heute noch, wenn in den ersten Jahren der Glaubenswirren des 16. Jahrhunderts Papst Hadrian VI. seinem Delegaten für den Reichstag in Nürnberg 1522/23 diesen Auftrag gab: „Du wirst sagen, daß wir es frei bekennen: Gott läßt diese Verfolgung seiner Kirche geschehen wegen der Menschen und sonderlich wegen der Sünden der Priester und Prälaten . . . Deshalb müssen wir alle Gott die Ehren geben und uns vor ihm demütigen.“

Die Anwendung auf das ökumenische Anliegen wollen wir in der Gebetsmeinung des Heiligen Vaters für den

Monat Januar finden: „Alle Katholiken möchten durch Gebet und Beispiel ihres Lebens den getrennten Christen die Rückkehr zur Kirche erleichtern.“ Da steht freilich das für manche anstößige Wort „Rückkehr“. Doch diese „harte Rede“ kommt aus dem unverrückbaren Glaubenswissen um die eine, wahre Kirche Christi. Entscheidend ist aber, wie wir unsere Mithilfe zur Rückkehr auffassen. Wir dürfen uns nicht selbstgerecht und satt, etwa in der Haltung des älteren Bruders im Gleichnis vom verlorenen Sohn, an die Türe der Kirche stellen und zur Rückkehr mahnen, da wir ja alle des erbarmenden Vaters bedürfen. Gewiß dürfen wir einen kindlich frohen Stolz auf unsere Mutter Kirche haben und sollen eine klare katholische Lebenshaltung zeigen. Doch im Blick auf die getrennten Christen sind wir zu einem Lebenszeugnis gerufen, das vom Geiste demütiger Buße und verstehender Liebe geprägt wird.

Gerade jene verstehende Liebe tut besonders not, die sich in katholischer Weite bemüht, die reichen Bekundungen recht christlichen Lebens außerhalb der Kirche zu sehen und anzusprechen. Wir sollen zeigen, daß wir gerade durch unsere Verwurzelung in der Kirche und unseren Gehorsam gegen die Hirten der Kirche ein Leben führen, das innige Frömmigkeit und aufgeschlossene Weltverantwortung, katholische Klarheit und gütiges Verstehen in sich eint. Beachten wir auch, daß die Gebetsmeinung bescheiden einschränkt: „Die Rückkehr erleichtern“. Der Weg einzelner zur Kirche und erst recht die Wiedervereinigung im großen sind Sache des Ratschlusses und der Gnade Gottes. Wir können nur die Hindernisse wegräumen in jener Geduld, mit der Gott seine zerrissene Christenheit trägt und erträgt.

Damit kommen wir zum Gebet, das in der Gebetsmeinung als erstes genannt ist. Der Anruf zum Gebet sei das letzte Wort dieser Besinnung. Lassen wir uns in dieser Weltgebetsoktav wieder fragen, ob uns die Wiedervereinigung im Glauben ein von innen heraus drängendes, ständiges Gebetsanliegen ist. Betet, Brüder, daß der Herr das Ärgernis der Spaltung von seiner Christenheit nehme; betet, daß wir alle zusammen durch den Geist der Liebe und durch ein Leben der Wahrheit dieses Ärgernis mildern.

Ihr wißt, meine lieben Diözesanen von Würzburg, daß mir in den Jahren, da ich euer Bischof sein durfte, das Anliegen der Wiedervereinigung besonders am Herzen lag. Ich gehe nun im Gehorsam gegen den Heiligen Vater in eine reine Diasporadiözese, wo wahrhaft ökumenische Haltung womöglich noch notwendiger ist. So nehmt die Bitte meiner letzten Predigt in der Weltgebetsoktav wie ein Vermächtnis eures scheidenden Bischofs: Setzt euch betend und wirkend mit aller Kraft und Liebe ein für die Wiedervereinigung der getrennten Christenheit in der Einen Kirche Jesu Christi. Amen.

Die Kirche in den Ländern

Die Lage der Kirche in Indien

Ogleich Indien sich seiner selbständigen Macht bewußt ist und sich als Führerstaat eines von Ost und West unabhängigen Südostasiens fühlt, kann es sich doch nicht völlig von der fixen Idee der ehemaligen Kolonialländer freihalten, daß christliche Missionare nicht immer nur Kündler einer Religion seien, sondern vielleicht auch als geheime

Vorkämpfer einer anderen neuen Art von westlichem Imperialismus kämen. Angst vor diesem fremden Einfluß, der zu einer neuartigen Fremdherrschaft führen könnte, hat in gewissen Kreisen Indiens, zumal bei den fanatischen Hindu-Organisationen der Mahasabha und Arya Samaj, und in gewissen Gegenden des riesigen Landes, insbesondere in dem zentralindischen Staat Madhya Pradesh, auf Grund besonderer Verhältnisse (vgl. Herder-

Korrespondenz 9. Jhg., S. 360) dazu geführt, daß die ausländischen christlichen Missionare und ihre Tätigkeit zahlreichen Belästigungen und gelegentlich ernstlichen Angriffen und Verleumdungen ausgesetzt sind. Dieser Zustand dauert schon eine ganze Weile; er begann im April 1953 seit den Erklärungen des damaligen indischen Innenministers Kailas Nath Katju (vgl. Herder-Korrespondenz 7. Jhg., S. 400 ff.) und wirkte sich in einem langen Hin und Her von Anschuldigungen, Gegenerklärungen der katholischen wie der protestantischen Gemeinschaften, Eingriffen der Zentralregierung, neuen Angriffen und neuen Gegenerklärungen aus. Im April 1954 setzte die Regierung des Staates Madhya Pradesh eine Kommission ein, die die Verhältnisse, auf die immer wieder die Anklagen und Rechtfertigungen zurückgriffen, untersuchen sollte. Diese Kommission, die nach ihrem Leiter sogenannte Niyogi-Kommission, setzte sich aus fünf christenfeindlichen Hindus und einem als Katholikenfeind bekannten Jakobiten zusammen. Sie hat trotz aller Proteste und zeitweiliger Suspension über zwei Jahre gearbeitet und endlich im Juli 1956 einen 182 Seiten langen Rapport veröffentlicht, der allen Anlaß bot, die indische Christenheit zu empören und zu beunruhigen.

Der Niyogi-Bericht über die Arbeit der Missionen

Die Ereignisse, derentwegen die fünfköpfige Kommission des Staates Madhya Pradesh ihre Untersuchung unternommen hat (und über die wir schon früher berichtet haben; vgl. Herder-Korrespondenz 9. Jhg., S. 126 ff. und 360 f.; 10. Jhg., S. 121 f.), skizziert die Kommission in den einleitenden Sätzen des Berichts folgendermaßen:

„Es ist der Regierung immer wieder berichtet worden, daß die Bekehrungen der Ureinwohner, die Analphabeten sind, und anderer zurückgebliebener Bevölkerungsgruppen durch die christlichen Missionare mit Gewalt oder List oder durch Ausnutzung ihrer Gewinnsucht zustande kämen und daß die Gefühle der Nichtchristen durch die mit diesen Methoden erzielten Bekehrungen beleidigt würden. Die christlichen Missionare haben diese Anschuldigungen vor der Regierung zurückgewiesen und die örtlichen Behörden und die Nichtchristen angeklagt, ihnen Schwierigkeiten zu bereiten. Da die Regierung des Staates feststellen mußte, daß die Erregung auf beiden Seiten sich immer mehr steigerte, hielt sie es im Interesse des öffentlichen Wohls für wünschenswert, eine gründliche Untersuchung des gesamten Problems durchzuführen.“

„La Documentation Catholique“ hat die wichtigsten Punkte der Schlußfolgerungen dieses Berichts im Wortlaut veröffentlicht („Documentation Catholique“ Nr. 1242 vom 6. 1. 57). Wir entnehmen daraus folgendes: Der Bericht unterscheidet zwischen den verschiedenen christlichen Konfessionen und macht jeder ihre eigenen Vorwürfe. Dabei richtet sich ihr Mißtrauen offensichtlich am meisten gegen die amerikanischen Missionare. Es heißt da als erstes: „Seit die indische Verfassung in Wirksamkeit getreten ist, hat sich das amerikanische Personal der in Indien wirkenden missionarischen Organisationen beträchtlich vermehrt. Diese Vermehrung beruht offenkundig auf dem ausdrücklichen Willen des (evangelischen) Internationalen Missionsrats, Personal in Gegenden zu schicken, wo die Evangelisation besonders günstige Verhältnisse antrifft, zu den Völkern, deren Unabhängigkeit erst seit kurzem besteht, die für massive Evangelisation ausgerüstet sind (Presse, Rundfunk, Fernsehen) und bei denen die Religionsfreiheit

durch die Verfassung garantiert ist.“ Die Verwendung enormer Geldsummen für das Missionswerk inklusive Schulen und ärztliche Hilfe wird namentlich den Lutheranern vorgeworfen. „Geldverleih ist eines der Druckmittel, die zum Proselytenmachen eingesetzt werden. Dies vor allem von den römisch-katholischen Missionen, die in den hügeligen Gegenden von Surguja, Raigarh, Mandla u. a. wirken.“

Weiter heißt es dann: „Die Evangelisation in Indien erscheint als die Anwendung einer die ganze Welt gleichmäßig umfassenden Politik, deren Ziel es ist, das Christentum zu verbreiten, um damit neuerlich eine Führung des Abendlandes herbeizuführen; sie entspringt nicht geistigen Motiven. Ziel ist offenkundig, sich in den christlichen Minderheiten strategische Stützpunkte zu schaffen, um so die Einheit der nichtchristlichen Gesellschaften aufzubrechen, und die Massenkonversionen von Adivats, die mit diesem Zweck durchgeführt würden, stellen für die Sicherheit des Staates schwere Gefahren dar. Die Schulen, Kranken- und Waisenhäuser werden als Mittel benutzt, um den Proselytismus zu erleichtern . . .“ Dieser Abschnitt endet mit der Behauptung: „Die Regierung von Madhya Pradesh hat immer eine Politik absoluter Neutralität und Nichteinmischung gegenüber den religiösen Fragen bewahrt. Die angebliche Benachteiligung der Christen und die Belästigungen, denen sie von seiten der Regierung ausgesetzt gewesen sein sollen, konnten nicht festgestellt werden. Solche Behauptungen bilden vielmehr einen Bestandteil der seit langem von den Missionen befolgten Politik, um die örtlichen Behörden einzuschüchtern und im Ausland Propaganda zu machen“ (S. 131—132 des Berichts).

Der „Osservatore Romano“ (5. 10. 56) zitiert aus dem umfangreichen Bericht noch folgende Stellen:

„Das Papsttum, das die katholische Kirche repräsentiert, und die amerikanische Demokratie haben sich in dem frenetischen Bemühen zusammengeschlossen, Proselyten für das Christentum zu gewinnen und gegen den Kommunismus zu kämpfen: ersteres um seine religiöse Herrschaft auszudehnen; letzteres um die Weltvormachtsstellung zu gewinnen . . . Es ist klar, daß sie mit dem Antrieb zum Proselytismus in Indien psychologische Basen schaffen wollen . . .“

Auf Grund derartigen Erhebungen und Vorurteile macht die Niyogi-Kommission dann Vorschläge, wie sich Indien künftig gegenüber den christlichen Missionen verhalten solle (S. 163—165 des Berichts). Wir geben diese nach der Übersetzung der „Documentation Catholique“ wieder.

1. Die Missionare, deren erstes Ziel die Proselytenmacherei ist, müssen aufgefordert werden, sich zurückzuziehen. Der große Zustrom ausländischer Missionare ist unerwünscht, und es muß ihm Einhalt geboten werden.
2. Die beste Lösung für die Kirche in Indien wäre es, eine vereinte unabhängige christliche Kirche Indiens zu schaffen, die sich nicht auf das Ausland stützen müßte.
3. Es müßte durch Gesetz verboten werden, daß ärztliche Dienste oder die Dienste anderer Berufe als direkte Mittel zur Bekehrung benutzt werden.
4. Um für die Durchführung der in der indischen Verfassung vorgesehenen Maßnahme zu sorgen, die es verbietet, daß Kindern eine religiöse Erziehung ohne die ausdrückliche Zustimmung ihrer Eltern oder Vormünder erteilt wird, müßte das Erziehungsministerium darüber

wachen, daß die entsprechenden Formalitäten für alle Schulen vorgeschrieben und durchführbar sind.

5. Absolut verboten werden müßte jeder Versuch, durch List oder Gewalt, Androhung unerlaubter Mittel, Versprechen finanzieller oder anderer Hilfe, trügerische Methoden oder Versprechungen, moralische oder materielle Hilfe, die die Unerfahrenheit oder das Vertrauen einer Person, ihren bedürftigen Zustand, ihre geistige Schwäche oder Gedankenlosigkeit ausnutzt, jeder Versuch und jede Bemühung (ob mit oder ohne Erfolg), direkt oder indirekt in das religiöse Bewußtsein einer Person anderen Glaubens, gleich welchen Alters, einzudringen, mit der bewußten Absicht, ihren religiösen Glauben zu ändern und sie zu den Ideen oder Überzeugungen der Partei zu führen, die Proselyten machen will.

6. Die religiösen Einrichtungen dürften nicht autorisiert sein, sich mit Dingen zu befassen wie z. B. der Anwerbung von Arbeitskräften für Teeplantagen.

7. Es ist eine elementare Pflicht der Regierung, sich um Waisenhäuser zu bekümmern, denn der Staat ist der gesetzmäßige Vormund aller Kinder, die niemanden haben, der sich ihrer annimmt.

8. Die Regierung müßte einen Aufruf an die exekutiven und repräsentativen christlichen Missionsorganisationen und an die Christen überhaupt richten, damit sie sich zusammenschließen und eine Organisation konstituieren, die die Regierung in klarer Weise über die Politik informiert, der die Missionen und die Christen im allgemeinen bei der Ausbreitung ihres Glaubens, den Bekehrungsmethoden, den angewandten Propagandamitteln und den Schritten, um ihre apostolische Tätigkeit in den Grenzen von Ordnung, Sitte und öffentlicher Gesundheit zu halten, zu folgen gedenken.

9. Dem indischen Parlament müßte ein Gesetzesvorschlag vorgelegt werden, um zu präzisieren erstens, daß das Propagandarecht nur den indischen Bürgern gegeben worden ist, und zweitens, daß es nicht die Bekehrung durch List, Gewalt und andere unerlaubte Mittel mit einschließt.

10. Es müßte eine geeignete Kontrolle über die durch unerlaubte Mittel erreichten Konversionen eingerichtet werden. Wenn nötig, müßten gesetzliche Maßnahmen getroffen werden.

11. Auf Staats-, Regions- und Distriktsebene müßten Konsultativkommissionen von nichtoffiziellen Persönlichkeiten eingerichtet werden, und die Minderheitsgemeinden wie die primitiven Völker und die Harijans müßten in diesen Kommissionen in der Mehrheit sein.

12. Die Vorschriften hinsichtlich der Einschreibung der Ärzte, Krankenpfleger und anderer in den Krankenhäusern beschäftigter Personen müßten abgeändert werden und eine Klausel enthalten, die missionarische Tätigkeit während der Ausübung des Berufs untersagt.

13. Die Verbreitung von Schriften religiöser Propaganda ohne Genehmigung der Regierung des Staates müßte untersagt sein.

14. Die von der Regierung anerkannten und unterstützten Einrichtungen müßten obligatorisch jedes Vierteljahr von Regierungsbeamten inspiziert werden.

15. Die Regierung müßte eine Regelung treffen, durch die es dem Staat vorbehalten bliebe, Sozialdienste, wie Erziehung, Gesundheit, Medizin usw., für die Angehörigen der zurückgebliebenen Stämme, Kasten und anderer Bevölkerungsgruppen zu leiten. Die angemessenen Dienste müßten so bald wie möglich eingerichtet werden, und die

nichtoffiziellen Organisationen dürften nur autorisiert sein, solche Einrichtungen für ihre eigenen Glaubensgenossen zu leiten.

16. Ein besonderes Ministerium für kulturelle und religiöse Fragen müßte auf Staatsebene (d. h. für den einzelnen Staat in der Union) gebildet werden, um sich um diese Fragen zu kümmern. Es sollte einem Minister anvertraut werden, der einem der zurückgebliebenen Stämme, Kasten oder anderen Gruppen angehört und ein speziell ausgebildetes Personal auf den verschiedenen Ebenen zur Verfügung haben müßte.

17. Kein nichtoffizieller Organismus dürfte berechtigt sein, ohne Vermittlung der Regierung Hilfe vom Ausland zu erbitten.

18. Kein Fremder dürfte berechtigt sein, in einer bestimmten Region seine Tätigkeit individuell oder als Mitglied einer religiösen Einrichtung auszuüben, wenn er vorher nicht schriftlich erklärt hat, daß er sich nicht mit Politik befassen wird.

19. Die Programme zur sozialen und wirtschaftlichen Hebung, die von nichtoffiziellen oder religiösen Organisationen durchgeführt werden, müßten vorher vom Staat bestätigt werden.“

Reaktion des indischen Episkopats

Es ist bekannt, daß die Inder, speziell die Hindus, im allgemeinen in religiösen Fragen sehr tolerant sind. Es ist ihre Überzeugung, daß jede Religion einen Weg zu Gott darstellt, einen besseren oder weniger guten wohl, aber daß schließlich doch alle zum Ziel führen. Religionswechsel erscheint ihnen daher eher überflüssig als verurteilenswert. In der Tat ist auch keineswegs in ganz Indien die Einstellung gegenüber den Christen der des Staates Madhya Pradesh gleich oder ähnlich. Im Gegenteil, in Südindien, wo die alteingesessene indische Christenheit lebt, bilden die Christen eine angesehene Bevölkerungsgruppe. In Nordindien dagegen ist die christliche Mission im ganzen erst mit der britischen Herrschaft gekommen, und das nationale Mißtrauen gegenüber den Fremden hat sich dort auf die Missionare übertragen. Die Vorschläge, die der Bericht der Kommission von Madhya Pradesh gegen die Missionstätigkeit vorbringt, beweisen aber auch — und zwar als eine Art Musterbeispiel —, wie verworren die Vorstellungen von Nichtchristen über die christlichen Lehren und das Wirken der christlichen Missionen oft sind; nicht nur weil sie sich einseitig informieren, sondern vor allem weil ihnen vieles Wesentliche des Christentums unverständlich ist. Es ist klar, daß der katholische Episkopat Indiens und auch indische christliche Laienorganisationen öffentlich mehr als einmal auf diesen Rapport mit Richtigstellungen und Erklärungen antworten mußten. Das Mißverständnis wird auch dadurch noch vergrößert, daß keine grundlegende Unterscheidung zwischen den verschiedenen christlichen Konfessionen gemacht wird und wahrscheinlich auch gar nicht bekannt ist. Der obige Text weist jedenfalls deutlich darauf hin, daß den Christen noch Unendliches zu tun bleibt, um sich im Raum der indischen Kultur — wie in so vielen anderen Kulturräumen — wirklich verständlich zu machen, Ungeschicklichkeiten zu vermeiden und mit der unerläßlichen Verteidigung ihres eigenen Ansehens und erst recht der heiligen Lehre zugleich dem Mißtrauen der anderen allen Grund zu entziehen.

Proteste von seiten der einzelnen Bischöfe gegen den

Niyogi-Bericht erhoben sich sofort. So protestierten schon Ende Juli Kardinal Gracias von Bombay und Erzbischof Eugen D'Souza von Nagpur (Madhya Pradesh).

Am 4. September 1956 hat das Ständige Komitee der katholischen Bischofskonferenz Indiens (von dessen 14 Mitgliedern zehn Inder sind) eine Erklärung als Antwort auf den Niyogi-Bericht abgegeben (die „Documentation Catholique“ am 6. 1. 57 im vollen Wortlaut wiedergibt). Darin heißt es:

„Das Ständige Komitee der katholischen Bischofskonferenz Indiens stellt mit tiefem Bedauern fest, daß der von dem Untersuchungskomitee von Madhya Pradesh veröffentlichte Bericht über die Tätigkeit der christlichen Missionen die schlimmsten Befürchtungen bewahrheitet . . . In der Befürchtung, daß die Ernennung eines Untersuchungskomitees durch die Ausbreitung der Klagen, die bisher schlimmstenfalls auf Madhya Pradesh begrenzt waren, unerwünschte Folgen im ganzen Land haben würde, hat das Ständige Komitee gegen die dem Untersuchungskomitee erteilten Vollmachten protestiert, weil sie unbestimmt genug waren, um dem Komitee zu erlauben, seinen Bericht auch auf ganz andere Dinge zu erstrecken; es hat protestiert gegen die Zusammensetzung des Komitees, dessen Mitglieder zum Teil als gegenüber dem Christentum voreingenommen bekannt waren; gegen den von dem Komitee verfaßten Fragebogen, der seine Vorurteile offen bezeugte. Es ist bedauerlich, daß alle diese Proteste von der Regierung von Madhya Pradesh nicht beachtet worden sind . . .

Anstatt seine Untersuchung auf die angeblich evidenten Zustände zu beschränken, hat das Komitee es für gut befunden, sich in Auslassungen über Fragen der Religionsfreiheit und über die Politik der christlichen Kirchen in der Welt seit dem Anfang des Christentums bis auf den heutigen Tag zu ergehen, und hat seine Argumente aus Schriftstellern genommen, die nicht qualifiziert sind, um über die wirklichen christlichen Betätigungen zu sprechen; es hat Zitate aus erklärten Gegnern des christlichen Glaubens angeführt, Sätze aus ihrem Zusammenhang und ihrer Bedeutung gelöst und mit einem Eifer, der einer besseren Sache würdig gewesen wäre, alle Anklagen gegen die christlichen Kirchen zusammengetragen, die es in den von ihnen benutzten Werken gefunden hat . . .

Der Bericht will nicht nur die Loyalität der Missionare, sondern die der ganzen katholischen Gemeinschaft in Zweifel ziehen; er will nicht nur gegen einige ausländische Missionare Anklage erheben, sondern gegen die katholische Kirche. Das Untersuchungskomitee trägt die volle Verantwortung für dieses ungerechte Urteil über die zahlreichste christliche Kirche des Landes. Außer einer halben Seite, die dem eindrucksvollen Beitrag der christlichen Missionen, der katholischen wie der protestantischen, zur Bildung des Lebens des gegenwärtigen Indien gewidmet ist, und einer kurzen Anerkennung der Hochachtung, die man in Indien für Christus hegt, hat das Untersuchungskomitee kein Wort zu sagen gefunden über die fast allgemeine Billigung und Verehrung, die die katholischen Missionare finden, weil sie Familienleben, Reichtum, Stellung und Ehren, die sie in ihrem Geburtsland hätten genießen können, aufgegeben haben und jahrhundertlang ihr Leben und ihre Tätigkeit dem indischen Volk geopfert und zur Literatur, Wissenschaft, Geschichte, Kultur und sozialen Verbesserung Indiens beigetragen haben, die unserm Land die Unabhängigkeit und die Achtung

schenken, die ihm Respekt in den Augen der Welt verschaffen. In seiner Verurteilung des Proselytismus, den es von vornherein als Alpdruck und Wunde ansieht, hat das Komitee die Augen vor der Tatsache verschlossen, daß Indien, das Indien von gestern wie das von heute, sich der eigenen großen Kulturmission im Osten, Süden und selbst im Westen rühmt.

Wenn das Untersuchungskomitee einen Riß zwischen den Christen und dem übrigen Indien hat schaffen wollen in einem Augenblick, wo Einheit das dringendste Bedürfnis der Stunde ist, so konnte es kein wirksameres Mittel als den Bericht finden, den es öffentlich vorgelegt hat. Wir fürchten den Abbruch, den der Bericht dem Ansehen Indiens im Ausland tun wird.

Wenn unsere nationalen Führer bei mehrfachen Gelegenheiten erklärt haben, das Christentum sei eine alte und ehrwürdige Religion unseres Landes und die christliche Gemeinschaft und ihre Kultur sei ein Bestandteil des indischen Erbes, so bringt das das Untersuchungskomitee in eine schlechte Position, wenn es Maßnahmen zur Einschränkung der Religionsfreiheit vorschlagen will, die die Verfassung allen Glaubensgemeinschaften des Landes garantiert . . .

Ohne von unserm Vertrauen in die Loyalität und Unparteilichkeit unserer nationalen Führer abzuweichen und in der sicher begründeten Hoffnung, daß Wahrheit und Gerechtigkeit schließlich siegen werden, bitten wir unsere nationalen Führer, die Zentralregierung und die Regierung von Madhya Pradesh, darüber zu wachen, daß die notwendigen Maßnahmen getroffen werden, um die Schäden zu neutralisieren, die der Bericht angerichtet hat, und um auf wirksame Weise die Befürchtungen und Sorgen der Christen zu beruhigen, die nach den Worten des Premierministers ein äußerst beträchtliches und wichtiges Element der nationalen Gemeinschaft darstellen.“

Ein zweiter offizieller Protest des indischen Episkopats wurde anlässlich der Tagung des Ständigen Komitees der indischen katholischen Bischofskonferenz vom 26. bis 30. Oktober in Bangalore herausgegeben, in dem es heißt (Documentation Catholique, 6. 1. 57): „ . . . Obwohl wir glauben, daß unsere nationalen Führer und eine große Zahl unserer Landsleute nicht durch den Bericht in ihrer Haltung gegenüber den christlichen Gemeinschaften beeinflusst worden sind — wie ihre freundschaftlichen Beziehungen zu uns und ihre Achtung vor unsern Werken weiterhin bezeugen —, so ist es doch nicht minder bedauerlich, daß unsere Gemeinschaft im ganzen Lande infolge des Berichtes eine Wolke von Mißtrauen über sich lagern fühlt. Im Interesse sowohl der Religion wie des Landes ist es wesentlich, der Öffentlichkeit eine vollständige Erwiderung auf den Bericht vorzulegen. Diese Arbeit befindet sich bereits in Vorbereitung und wird im Namen der Hierarchie und der Laien Indiens veröffentlicht werden. Ihr Ziel wird es nicht nur sein, auf die Lügen und Irrtümer zu antworten, von denen der Bericht strotzt, sondern sie wird auch, was noch wichtiger ist, gewisse grundlegende Prinzipien in bezug auf die Natur und die Sendung der Kirche klären. Sie wird aufs neue den übernationalen Charakter der Kirche betonen und die Beziehungen zwischen Kirche und Staat in ihren richtigen Perspektiven darlegen. Vor allem wird sie auf konkrete Weise illustrieren, was unsere Führer zu wiederholten Malen gesagt haben: daß das Christentum diesem Land nicht fremd ist, sondern einen wesentlichen Bestandteil

unseres nationalen Erbes bildet; daß seine Diener, aus welchem Land sie auch kommen, kein anderes Ziel haben, als den Interessen ihres Adoptivvaterlandes zu dienen, indem sie ihr Leben dem Gebet und dem Dienst am Nächsten widmen; daß die Kirche von keiner ausländischen Macht abhängt, sondern in diesem Land wie in jedem anderen Teil der Welt zu Hause ist . . .“

Durch ihren Sekretär, M. Pinto, hat die Katholische Union Indiens (eine Organisation aller kulturell und sozial tätigen Katholiken Indiens) in Neu-Delhi angekündigt, daß sich alle katholischen Intellektuellen Indiens gemeinsam an der Ausarbeitung einer Entgegnung auf den Niyogi-Rapport beteiligen werden. Diese ihre Arbeit werde einen Beitrag zu dem Gegenbericht bilden, den der Episkopat ausarbeitet.

Auch die Erklärung, die das Ständige Komitee der indischen Bischofskonferenz alljährlich im Januar am „Sonntag der sozialen Gerechtigkeit“ herauszugeben pflegt, war diesmal nicht sozialen Fragen, sondern der Auseinandersetzung mit dem Niyogi-Bericht gewidmet. Die Bischöfe betonten diesmal besonders, daß die Idee einer Nationalkirche einen beklagenswerten Präzedenzfall in den protestantischen Kirchen besäße, aber mit dem Begriff und der Institution der Einen Heiligen Katholischen und Apostolischen Kirche völlig unvereinbar sei. Dagegen gehöre eine nationale Hierarchie zu den rechtmäßigen Zielen jeder nationalen katholischen Gemeinschaft. Während erst 1923 der erste einheimische indische Bischof geweiht worden sei, seien heute von den 66 Mitgliedern der indischen Hierarchie nur noch 26 Ausländer. Die Erklärung ging nochmals auf die „Wolke von Mißtrauen“ ein, die infolge des Madhya-Pradesh-Rapports über den Christen hänge, und wiederholte die schon früher vorgebrachten Einwände. Die Bischöfe forderten schließlich als beste Antwort auf den Rapport eine Gemeinschaft von besseren Christen in Indien.

Die öffentliche Meinung in Indien zu dem anti-missionarischen Bericht

Tatsächlich haben sich, wie es in der zweiten Erklärung des Ständigen Komitees der indischen Bischofskonferenz heißt, „unsere nationalen Führer und eine große Zahl unserer Landsleute nicht durch den Bericht in ihrer Haltung gegenüber den christlichen Gemeinschaften beeinflussen“ lassen und haben „ihre freundschaftlichen Beziehungen und ihre Achtung“ weiterhin bezeugt. Eine ganze Anzahl von angesehenen und hochgestellten Hindu-Persönlichkeiten, ebenso wie der indische Premierminister Pandit Nehru selber, haben sich sehr bald von dem Bericht distanziert. Sofort nach der Veröffentlichung des Berichts unterstrich eine offizielle Regierungserklärung von Neu-Delhi, daß der Bericht vom Staate Madhya Pradesh und nicht von der indischen Zentralregierung in Auftrag gegeben worden sei. Indische Parlamentsmitglieder begannen sogleich, ein Widerstandsprogramm gegen die Vorschläge des Berichts im ganzen Lande zu organisieren; die meisten dieser Männer waren Nichtchristen aus Südindien. Einer der hierbei tätigen Hindus erklärte, in allen Teilen des Landes sollten Protestkundgebungen stattfinden. Auch eine mohammedanische Zeitung, die in Calicut (Südindien) erscheint, protestierte gegen die Diskreditierung der christlichen Missionare durch den Bericht und sagte, es müsse erst noch bewiesen werden, daß sie aus politischen Motiven handelten. Der Gouverneur

des Staates Bombay, ein Hindu, betonte, er habe die Kontroverse über die auswärtigen Missionare immer bedauert, und es sei falsch, zu behaupten, sie beuteten die einfachen und ungebildeten Klassen aus.

Inzwischen gelangte eine große Zahl von Anträgen aus beiden Lagern an die Zentralregierung Indiens in Neu-Delhi, sie möchte zu dem Niyogi-Bericht Stellung nehmen und sich über ihr ferneres Verhalten gegenüber den ausländischen christlichen Missionaren äußern. Die Regierung von Madras, die aufgefordert war, eine ähnliche Untersuchung wie die von Madhya Pradesh durchzuführen, erklärte, es läge keinerlei Grund vor, in ihrem Staate das Verhalten der Missionare zu untersuchen. Die Malabarchristen in Südindien organisierten einen besonderen „Missionstag“ und sandten bei dieser Gelegenheit eine offizielle Protestresolution an verschiedene indische Minister, darunter auch an den Premierminister Nehru. Sowohl die Katholische Vereinigung von Bombay wie eine Konferenz der Christen Nordindiens haben Protest-erklärungen an die Zentralregierung geschickt. Die Sorge der Christen erhöhte sich, als die rabiante Hindu-Organisation der Mahasabha im August eine riesige Kampagne im ganzen Land auf die Füße zu stellen suchte, die das Schlagwort „Missionare hinaus!“ verbreiten sollte.

Anfang September wurde Minister B. N. Datar im Parlament von Hindus gefragt, ob es stimme, daß sich unter den Missionaren eine antinationalistische Bewegung ausbreite. Datar erwiderte, die Erkundigungen der Regierung hätten keine derartigen Schlüsse ergeben, es seien keinerlei Anzeichen dafür vorhanden. Ebenso wies Datar den Vorwurf ab, die Missionare hätten die Leute durch Gewalt oder Geld zum Christentum bekehrt. Diese Anklagen seien Propagandamittel des Untersuchungskomitees, die die Regierung nicht zu unterstützen gewillt sei. Am 24. September meldete NCWC News Service, daß der indische Premierminister Jawaharlal Nehru erklärt habe, seine Regierung habe nicht die Absicht, den ausländischen Missionaren die Türen zu schließen. Diese Erklärung gab Pandit Nehru vor einer Deputation von katholischen Führern ab, die ihm ihre Sorge um das künftige Schicksal der Mission in Indien auf Grund der anti-missionarischen Propaganda des Niyogi-Berichts vorgegetragen hatten. Nehru versicherte den katholischen Führern, daß seine Regierung sich nicht in den religiösen Aspekt der Missionstätigkeit in Indien einmischen werde, sondern sich nur um deren politischen Aspekt kümmern müsse. Daher hätten einige wenige Missionare des Landes verwiesen werden müssen, aber es bestehe kein Plan der Regierung, alle ausländischen Missionare auszuweisen. Der Madhya-Pradesh-Bericht enthalte, so sagte Nehru, Erklärungen, die der indischen Verfassung widersprächen und die er nicht billigen könne.

Bis heute gehen christenfreundliche Erklärungen indischer Nichtchristen als Reaktion auf die ungerechten und unbegründeten Anklagen des Untersuchungskomitees von Madhya Pradesh weiter. Der indische Innenminister Govind Ballabh Pant sagte bei der Eröffnung eines Krankenhauses in Indore (Zentralindien) Anfang November, die christlichen Missionare in Indien seien in ein fremdes Land gekommen, aber sie hätten dem indischen Volk in vorbildlicher Weise gedient, „wir haben viel von den Missionaren zu lernen“. Er rechnete ihnen besonders hoch an, daß sie sich nicht darauf beschränkt hätten, in den Städten zu wirken, sondern daß sie bis in den Dschungel

und in die unterentwickelten Gebiete Indiens gegangen seien.

Am 26. November gab eine Gruppe führender Männer aus Wissenschaft und Verwaltung in Neu-Delhi, alles Nichtchristen, eine öffentliche Erklärung gegen „die unverantwortliche und unfaire Kritik“ an den Missionaren in Indien ab. Sie sprachen ihre Hochachtung vor der Redlichkeit und Selbstlosigkeit aus, mit der die christlichen Missionare gewöhnlich der Gemeinschaft dienen. Diese Erklärung war dadurch hervorgerufen, daß sich zumal in Nordindien die Angriffe auf die Missionare und ihre Tätigkeit offenbar auf Grund des Niyogi-Berichts gesteigert haben. Übrigens hat auch ein Nachbarstaat von Madhya Pradesh, Madhya Bharat, einen Untersuchungsbericht über „antiindische Tätigkeit von Missionaren“ veröffentlicht, der zwar nicht in die Anschuldigungen des Niyogi-Berichtes verfällt, vielmehr feststellt, daß die „erstarrten Kastenvorstellungen der Hindus gegenüber den Unberührbaren“ dem Wirken der Missionen bei den Harijans und den primitiven Stämmen den Boden bereitet haben und daß die Hindugesellschaft selber hier schleunigst eine soziale Erneuerung durchführen müsse. Er erklärt aber doch, daß hauptsächlich die „äußerste Armut, Unbildung und Unkenntnis der Bekehrten“ die Massenbekehrungen bei den primitiven Stämmen und den untersten Klassen der Hindugesellschaft ermöglichten, daß auch viele nur dem Namen nach Christen würden und keinerlei wirkliche Kenntnis von Christus hätten — was zweifellos zutrifft. Daher denn auch die Leichtigkeit, mit der sie bei Verlockungen von anderer Seite sich „zurückbekehren“ lassen und den christlichen Glauben aufgeben.

Am 3. Januar 1957 wurde schließlich aus Neu-Delhi gemeldet, daß Innenminister Govind Ballabh Pant im indischen Unterhaus die Erklärung abgegeben habe, die indische Regierung werde auf den Bericht des Staates Madhya Pradesh hin nichts unternehmen (nach NCWC News Service, 7. 1. 57).

Wenn nun auch diese Vorgänge geeignet sind, die indische Christenheit in Unruhe zu halten, so darf man doch diese Unruhe nicht übertreiben, denn sie hat auf Südindien, wo der weitaus größte Teil der indischen Christen lebt, nicht übergreifen. Sie bedeuten andererseits jedoch mehr als nur natürlichen Schwierigkeiten eines verhältnismäßig noch jungen christlichen Missionswerks inmitten einer alten Kultur. Die Bedeutung der Spannungen zwischen einem Teil der indischen Welt und dem Christentum liegt darin, daß sie sich gerade jetzt auswirkt, wo Indien sein neues Gesicht sucht, seine innere Ordnung erneuert, einen eigenen indischen sozialistischen Weg gehen will und die Rolle des Schiedsrichters oder des Züngleins

an der Waage zwischen Ost und West übernehmen möchte. Dabei wäre es ein unabsehbares Unheil, sowohl für den inneren Weg Indiens wie für seine Rolle in der Geschichte, wenn es die christliche Botschaft nur entstellte zu hören vermöchte, weil nationaler Fanatismus auf der einen Seite und vielleicht gelegentliche Ungeschicklichkeiten auf der anderen Seite die indische Christenheit (die übrigens nur zur guten Hälfte aus Katholiken besteht) nicht zur vollen Entfaltung gelangen ließe.

Südindien

Dem steht glücklicherweise die offenbar ständig steigende Lebendigkeit der südindischen Christenheit entgegen, zumal die der syromalabarischen und syromalankaresischen Kirche mit ihrer immer noch zunehmenden Fruchtbarkeit an Priesterberufen, ihren neuen Bischofssitzen und ihrem mehr und mehr erwachenden missionarischen Drang. Im letzten Jahr sind auch weitere Gruppen der schismatischen jakobitischen Kirche zur Einheit mit Rom zurückgekehrt. Hier, im indischen Süden, stellen sich den Christen ganz andere Probleme und Gefahren, vor allem die des Kommunismus, der ebenfalls hier konzentriert ist. Zwar ist die indische kommunistische Partei nie stark gewesen, und ihr Parteitag im vergangenen Jahr hat ihre Zersplitterung und ihren Mangel an starken Persönlichkeiten nur nochmals deutlich gemacht. Zugute kommt ihr aber vielleicht die Neugliederung der indischen Staaten auf der Grundlage der großen indischen Sprachgruppen, die am 1. November 1956 abgeschlossen worden ist. So wird der neue südindische Staat Kerala (mit der Sprache Malayalam), der sich aus Travancore, Cochin und den südlichsten Teilen von Madras zusammensetzt, einen so großen Prozentsatz von Kommunisten haben, daß diese sich der Hoffnung hingeben, bei den bald bevorstehenden Wahlen den Staat Kerala als einzigen indischen Staat zu einem kommunistischen machen zu können. Gerade hier leben auch nahezu 2 Millionen von Indiens fast 5 Millionen Katholiken, und auch sie begrüßen die Gründung des neuen Staates lebhaft. Es ist nun die Frage, ob sich Hindus und Christen unter den doch immerhin vorhandenen gegenwärtigen Spannungen hier gegen den Kommunismus zusammenschließen werden.

Auf eine Darstellung der eigentlichen religiösen Kräfte der indischen Kirche, auf ihr Wesen und ihre religiösen Probleme, losgelöst von ihren Verwickelungen in die indische Politik und die nationalen Leidenschaften, können wir hier nicht mehr eingehen — obwohl in diesem Bereich letzten Endes die Hoffnungen für das ganze Leben der Kirche in Indien liegen.

Fragen des politischen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens

Die wirtschaftliche Lage der Familie in der Bundesrepublik

Nach den Wahlen des Jahres 1953 hat der Bundeskanzler die wirtschaftliche Entlastung der deutschen Familien zu einem dringenden Anliegen seiner Sozialpolitik gemacht. Was die Regierung für die Familie getan hat, wird weiter unten dargestellt werden. Warum nicht mehr erreicht werden konnte, das hat Minister Wuermeling der deutschen

Öffentlichkeit immer wieder gesagt: „Man will wohl den Ausbau der Leistungen, aber keiner will das Odium auf sich nehmen, die dafür benötigten Gelder den Ausgleichspflichtigen anzulasten“ („Die Neue Ordnung“, Heft 5, 1956, S. 267).

Dieses Odium hätte der Bundestag auf sich zu nehmen gehabt. Es mag sein, daß seine Mitglieder die wirtschaftliche Deklassierung der Familie aus persönlichen Gründen nicht so ernst empfunden haben, wie sie ist. Diesen Vor-